

**Niederschrift über die Sitzung**  
**am 22.03.2006**

---

Tagungsort: Altes Rathaus, 1. Etage, Nahariya Raum

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

Herr Rüter

SPD-Fraktion

Frau Biermann

Frau Pohlreich

Herr Tsapos

Bündnis90/Die Grünen-Fraktion

Herr Remmo

Migrationsrat

Frau Adilovic-Berends

Herr Düger

Herr Koyun

Herr Mazaca

Herr Tas

Herr Tasar

Frau Xavier

Herr Sever

Von der Verwaltung

Herr Oberbürgermeister David

Frau Irmer, Büroleiterin OB

Frau Grewe, Ausländerbeauftragte

Herr Müller, Amt 400

Entschuldigt fehlen

Herr Aka

Frau Cascante

Frau Argyriadou

Herr Citak

Herr Önder

Gäste

Herr Drescher, Schulaufsicht

Frau Manschmidt, Schulaufsicht

Frau Vorsitzende Argyriadou ist verhindert an der Sitzung teilzunehmen. Die Sitzung wird von Herrn Sever, dem stellvertretenden Vorsitzenden geleitet.

### **Öffentliche Sitzung:**

#### **Zu Punkt 1      Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Fragen seitens Einwohnerinnen und Einwohner vor.

\*Migrationsrat - 22.03.2006 - öffentlich - TOP 1 - Drucksache \*

---

#### **Zu Punkt 2      Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.02.2006**

##### **Beschluss:**

Die Niederschrift über die Sitzung am 22.02.2006 wird genehmigt.

-einstimmig-

\* Migrationsrat - 22.03.2006 - öffentlich - TOP 2 - Drucksache \*

---

#### **Zu Punkt 3      Mitteilungen**

Frau Biermann informiert die Mitglieder über eine gemeinsame Aktion vieler Multiplikatoren im Bezirk Sennestadt jungen Menschen Praktika- bzw Lehrstellen zu vermitteln. Dabei sollen Möglichkeiten vor Ort ausgeschöpft werden.

\* Migrationsrat - 22.03.2006 - öffentlich - TOP 3 - Drucksache \*

---

#### **Zu Punkt 4      Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

\* Migrationsrat - 22.03.2006 - öffentlich - TOP 4 - Drucksache \*

---

#### **Zu Punkt 5      Anfragen**

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

\* Migrationsrat - 22.03.2006 - öffentlich - TOP 5 - Drucksache \*

---

## Zu Punkt 6

### **Ausbau des Ganztagsangebotes an Hauptschulen** **Einrichtung des erweiterten Ganztagsbetriebes an Hauptschulen** **zum Schuljahr 2006/ 07**

Herr Müller schildert, dass die neue Landesregierung NRW die Stärkung und den Ausbau von Ganztagschulen zu einem der bedeutenden bildungspolitischen Ziele des Landes erklärt habe. Insbesondere der Ausbau des Ganztagsangebotes speziell an Hauptschulen wurde im Rahmen der „Qualitätsoffensive zu einem zentralen Vorhaben ernannt. Das Ziel sei hier die Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungschancen, u.a Chancen im Übergang Schule-Beruf. Der Ausbau der Ganztagsangebote an Hauptschulen zielen insbesondere auf eine umfassende Verbesserung der Startschancen für Kinder und Jugendliche an den Hauptschulen und könne dadurch auch berufliche Perspektiven jüngerer Menschen in Bielefeld nachhaltig günstig beeinflussen.

Ausgehend von etwa 50.000 neuen Schülerplätzen in Ganztagschulen in NRW entfalle davon ein Kontingent von 4.000 für das Jahr 2006 auf den Regierungsbezirk Detmold. Bei einer durchschnittlichen Anzahl von etwa 360 Schülerinnen und Schüler je Hauptschule ergebe sich daraus ein Bewilligungsvolumen für etwa zehn bis elf Hauptschulen. Für das Jahr 2007 sei für den Regierungsbezirk mit einer Bewilligung von weiteren drei bis vier Schulen zu rechnen.

Auf Basis der Erlassentwürfe wurden Mitte Dezember mit allen Hauptschulen Gespräche geführt, die nach Maßgabe des Erlasses den Ganztagsbetrieb aufnehmen oder erweitern wollen. Voraussetzung für die Bewerbung waren eine nach schulfachlicher Einschätzung dauerhaft gesicherte Schulgröße mit mindestens zwei Parallelklassen in den Jahrgangsstufen 7-10. Vorrangig berücksichtigt werden Hauptschulen, die ihren Bildungsauftrag unter besonders schwierigen Bedingungen erfüllen. Indikatoren dafür seien insbesondere ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, besonders schwierige sozialräumliche Gegebenheiten am Schulstandort, ein hoher Anteil von Schülerinnen und Schülern mit besonderem individuellen Förderbedarf. Von elf Hauptschulen haben in Bielefeld acht Hauptschulen konkretes Interesse am neuen Konzept geäußert. Im weiteren Verlauf zogen zwei Hauptschulen ihre Bewerbungen zurück. Bei den verbleibenden sechs Hauptschulen wurde dann die Infrastruktur überprüft. Eine Ganztagschule benötigte über die Unterrichtsräume hinaus auch Schüleraufenthaltsräume für verschiedene Nutzungsmöglichkeiten, insbesondere für Spiel und Entspannung, für Ruhe und fachbezogene Einzel- und Gruppenarbeit. Zur Förderung besonderer fachlicher Schülerinteressen sollten Fachunterrichtsräume gegebenenfalls mit zusätzlicher Ausstattung und zusätzliche Räume mit einer dem Ganztagskonzept entsprechender Ausstattung zur Verfügung gestellt werden. Den Schülerinnen und Schülern sei darüberhinaus die Einnahme eines Mittagessens oder eines Mittagsimbisses zu ermöglichen.

Vor dem Hintergrund der Bewertung der Schulen nach Schülerzahlen, Schülerzahlentwicklung und Grad der dauerhaft gesicherten Zweizügigkeit ab Klasse 7 (sowohl aus „eigenem“ Schüleraufkommen als auch durch nötige und mögliche schulorganisatorische Maßnahmen) bis zum Jahr 2012 und darüber hinaus). Unter Berücksichtigung dieser Kriterien würden der Luther-, Brodhagen- und Baumheideschule starke Chance eingeräumt als der Markschule, Adolf-Reichwein-Schule und Siekerschule. Bestandteil des Antragsverfahrens und Voraussetzung für die Genehmigung der Aufnahme des Ganztagsbetriebes sei die Vorlage der jeweiligen Schule.

Herr Drescher ergänzt die Ausführungen von Herrn Müller und nimmt Bezug auf konzeptionelle Planungen. Die Schulen haben mit der Bewerbung gleichzeitig ihre Bedarfsituation, die mit dem Ganztagsbetrieb verbundenen Ziele, Indika-

toren zur Zielerreichung sowie das schulinterne Evaluationskonzept dargestellt. Die Anforderungen an die Schulen wurden durch die Bezirksregierung festgelegt. Das Konzept beinhaltet u.a:

- ein Zeitraster, in dem für Primarstufe und die Klassen 5 und 6 und in den neuen erweiterten Ganztags Hauptschule auch für die Klasse 7 abgesicherte verlässliche Schulzeiten ausgewiesen werden.
- die Darstellung von fachlichen und überfachlichen Lernangeboten im Ganztagsbereich
- Aussagen über den Tagesablauf, in dem Unterricht, Förderangebote und die weiteren Lernangebote miteinander verzahnt seien (Rhythmisierung des Tages)
- die Darstellung der Kooperation mit außerschulischen Partnern, insbesondere der Jugendhilfe.
- verbindliche Vorgaben zur Gestaltung und zum zeitlichen Umfang von Phasen selbständigen Lernens und Übens in der Schule und zu Hause.

Das Ganztagsangebot sei entsprechend den Vorgaben des Ganztagskonzeptes für die Hauptschulen für alle Klassen und Jahrgangsstufen verbindlich. Sofern die rechtlichen, personellen und konzeptionellen Voraussetzungen vorliegen, könne die Schule entsprechend der Genehmigung durch die Bezirksregierung den Ganztagsbetrieb aufnehmen.

Herr Müller faßt das Ergebnis für Bielefeld zusammen:

Die Schulleitungen und die Schulaufsicht sowie die Schulverwaltung in Abstimmung mit der Jugendhilfeplanung seien sich einig, dass die Voraussetzungen für den Ganztagsbetrieb an den genannten sechs Schulen erfüllt sind. Die Verwaltung habe die Einrichtung des erweiterten Ganztagsbetriebes ab dem Schuljahr 2006/07 zunächst für diese sechs Schulen bei der Bezirksregierung zu beantragen.

Die Umbaukosten von sechs Hauptschulen werden insgesamt ca. 5 Millionen € betragen. Demgegenüber betrage der städtische Eigenanteil 500 Tausend €, der aus der Schulpauschale finanziert werde. Im Jahr 2006 werde voraussichtlich nur ein geringer Teilbetrag (ca.250.000 €) für Investitionen und Ausstattungsmaßnahmen kassenwirksam. Dieses musste im Januar kurzfristig organisiert werden.

Anfang März dieses Jahres teilte die Bezirksregierung mit, dass für die Stadt Bielefeld im Jahr 2006 mit der Genehmigung des Ganztagsbetriebes in zwei, maximal drei Hauptschulen zu rechnen sei. Trotz der Einforderung des „Großstadt - Bonus“ mußte die Stadt Prioritäten setzen. Die Schulverwaltung habe in Abstimmung mit Erkenntnissen aus Sozial- und Jugendhilfeplanung Kriterien zusammengestellt und bewertet. Dabei sei neben der Schülerzahl, baulicher Infrastruktur, auch der hohe Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund berücksichtigt. Aufgrund dieser Abwägungskriterien habe die Verwaltung vor dem Hintergrund des einstimmigen Beschlusses des Schul- und Sportausschusses am 14.03.2006, der Bezirksregierung einen Genehmigungsantrag für das Schuljahr 2006/07 folgende Prioritäten vorgeschlagen:

1. Baumheideschule
2. Brodhagenschule
3. Lutherschule
4. Marktschule
5. Adolf-Reichwein-Schule
6. Siekerschule

Mit einer Entscheidung der Bezirksregierung sei Mitte April zu rechnen.

Nach diesen Ausführungen plädiert Herr Sever für die verstärkte und systematische Sprachförderung in der Nachmittagsbetreuung. Für die Förderung und Betreuung müsse es aus seiner Sicht bestimmte Qualitätskriterien geben.

Frau Adilovic-Berends hält das Angebot des muttersprachlichen Unterrichts im

Rahmen der Qualitätsoffensive im Ganztagsbetrieb für notwendig. Ferner müsse sozialarbeiterische Begleitung und individuelle Beratung an den Schulen verankert werden.

Herr Koyun hebt die entscheidende Rolle der Familie in der Erziehung bzw. bei der Förderung der Schulerfolge der Kinder hervor. Hier könnten die Migranten-selbstorganisationen (MSO) mit ihren Kompetenzen als Kooperationspartner für die Schulen agieren.

Herr Düger fragt, ob es personelle Veränderungen in diesen Schulen geben werde da für die Schulen der Ganztagsbetrieb mehr Belastung mitbringe.

Frau Biermann weist auf Prioritätensetzung hin und fragt aus welchen Erwägungsgründen die Marktschule sich nicht unter den ersten drei Vorschlägen befände zumal die Marktschule einen absolut hohen Anteil von Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund aufweise.

Herr Drescher geht auf einige Fragen ein und erklärt, dass er insbesondere im Ganztagsbereich eine Chance sehe, mit Migrantenvereinen in konkrete Kooperationen einzutreten. Dies sei auch ein Teil des pädagogischen Konzeptes. Diese Entscheidung aber treffe die Schule vor Ort. Welche Angebote offeriert würden, was die spezifischen Bedarfe der jeweiligen Zielgruppe, der Schule seien, werde noch in dieser Planungsphase ermittelt. Ferner sei das Nachmittagsangebot eine Pflicht für Schüler, keine freiwillige Aktion. Zur spezifischen Förderung der Migrantenkinder stünden den Schulen 36 Lehrerstellen zur Verfügung. Die Beteiligung und Mitwirkung der Familien sei zu begrüßen. Hier könnten die Vereine eine Rolle übernehmen.

Herr Müller erläutert erneut die Prioritäten und stellt fest, dass die Marktschule im Vergleich zu den anderen Hauptschulen diese Anforderungen nicht erfülle. Sowohl sozialräumliche Bedingungen als auch die Räumlichkeiten für die Durchführung diverser Aktivitäten seien nicht optimal. Darüberhinaus werde es eine Erhöhung der Kosten für das Mittagessen nicht geben. Die Subventionierung und die Übernahme der Ermäßigungsregelungen aus den bestehenden Ganztagschulen könne keine Mehrbelastung des Haushaltes bedeuten.

Herr Sever bedankt sich herzlich bei allen Referenten. Er hoffe auch in Zukunft auf eine gute Zusammenarbeit mit der Schulverwaltung und der Schulaufsicht zumal das bildungspolitische Papier des Migrationsrates zur Verbesserung der Schulsituation der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sich noch in der Umsetzungsphase befände.

\* Migrationsrat - 22.03.2006 - öffentlich - TOP 6 - Drucksache \*

---

## **Nichtöffentliche Sitzung:**

### **Zu Punkt 7 Auswertung der bisherigen Arbeit des Migrationsrates**

Der Tagesordnungspunkt wird als einziges Thema in der Sitzung am 26.04.2006 behandelt. Ferner ist die Anwesenheit aller Vorstandsmitglieder notwendig.

\* Migrationsrat - 22.03.2006 - öffentlich - TOP 7 - Drucksache \*

---

Herr Yasin Sever  
Stellvertr. Vorsitzender

Schriftführer